Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 61 (1967)
Heft: 10

Artikel: Ein bemerkenswerter Vorschlag zur Lösung des Nahost-Problems
Autor: W.K.
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-141305

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

nisse hervor. Der Araber macht die niedrigste und unbeliebteste Arbeit, etwa wie bei uns gewisse Fremdarbeiter. Was Wunder, wenn in Israel ähnlich wie in der Schweiz für die führenden Volksschichten die Gefahr einer Art Herrenvolkmentalität entsteht. Es sind die besten Elemente in Israel, die im Geiste Martin Bubers solche Gefahren sehen und gegen sie ankämpfen. Hoffentlich erweist sich das israelische Volk, das, wie I. F. Stone sagt, dank seiner Intelligenz und Hingabe grösste Schwierigkeiten zu meistern imstande war, auch dem Problem einer intelligenten Führung im Geiste der Kameradschaft und Geduld gewachsen. Es kann keine Rede davon sein, Israels Lebensrecht zu bestreiten, im Gegenteil, der Wunsch aller Teilnehmer an der Tagung geht dahin, Israel möge sich zum Segen aller Länder des Vorderen Orients entwickeln.

Es bleibt noch hinzuzufügen, dass Freund Arnold Zürcher die Diskussion in überlegener Weise zu leiten wusste. *Red.*

Ein bemerkenswerter Vorschlag zur Lösung des Nahost-Problems

Nach dem Blitzsieg der Israelis im vergangenen Juni im Krieg zwischen den Arabern und Israel ist es allen Beteiligten klar geworden, dass mit Waffengewalt eine Lösung der Nahostfrage nicht zu erreichen ist. Die Waffen schweigen, aber der politische Krieg geht weiter. Seine Fronten haben sich versteift. Nicht zuletzt deshalb, weil die führenden Araber nicht mit den Israelis sprechen wollen, aber auch deshalb, weil die Israelis vorschnell einseitig sich das besetzte, einst Jordanien zugehörende Teilgebiet Jerusalems gesetzlich angeeignet haben. Immer wieder ist zu vernehmen, dass es unmöglich sei, Araber und Israelis zusammenzubringen, damit es ihnen möglich wäre, gemeinsame Wege zu finden, um zu einer aussichtsreichen Lösung der zwischen ihnen liegenden Schwierigkeiten zu kommen. Trotzdem scheint sich dies unmöglich erscheinende ereignen zu können. Zeugnis davon legt eine Erklärung vom 3. Juni 1967 ab, welche in der «Stimme», Frankfurt/Main, Nr. 15/16, 1967, erschienen ist. Sie ist gemeinsam erarbeitet worden von der Israelischen Sozialistischen Organisation und der Palästinensischen Demokratischen Front. Araber und Israelis sind zusammengesessen. Sie haben miteinander sprechen können. Sie haben es zustande gebracht, miteinander einen sehr bemerkenswerten Vorschlag zur Lösung des Nahostproblems auszuarbeiten, der zum Besten solcher Veröffentlichungen gehört.

Nach einer eingehenden Analyse der Sachlage im Nahen Osten und einem gezielten Ruf an die gegenwärtigen Führer auf beiden Seiten formulieren die beiden Organisationen ihren Lösungsvorschlag folgendermassen:

«Wie wir bereits gesagt haben, hat das Palästinaproblem zwei politische Hauptaspekte: den der Wiederherstellung der Rechte der Palästinenser und den der Integrierung der Israelis in den arabischen Mittleren Osten. Die

arabischen nationalistischen Führer erstreben eine Lösung des ersten Problems (‚Befreiung Palästinas'), sie fordern nicht einmal eine Lösung für das zweite Problem. Die zionistischen Führer Israels erstreben eine Lösung des zweiten Problems (‚Erhaltung des Status quo'), sie fordern nicht einmal eine Lösung für das erste Problem. Es kann jedoch nur eine Lösung, die gleichzeitig diese beiden Aspekte des Problems berücksichtigt, eine wirkliche und stabile Lösung darstellen.

Wir geben nachstehend unsere Lösung bekannt, die diesem grundlegenden Erfordernis Rechnung trägt:

1. Israel muss sich einer tiefen revolutionären Umstrukturierung unterziehen. Die zionistische Machtstruktur und alle Elemente jüdischer Vorherrschaft müssen völlig beseitigt werden. Dies kann einzig und allein durch die gemeinsamen innenpolitischen Anstrengungen aller nichtzionistischen und antizionistischen Kräfte in Israel, aller Kräfte, die den Wunsch haben, diesen Staat in den Mittleren Osten zu integrieren, erreicht werden.

2. Dieses nichtzionistische Israel muss die rückkehrwilligen palästinensischen Flüchtlinge repatriieren und jene, die nicht zurückkehren wollen, für ihr Eigentum, ihr Land und für erlittenen Schaden voll entschädigen. Es muss seine Bereitschaft erklären, den Palästinensern territoriale Konzessionen zu machen und ihnen dabei zu helfen, einen unabhängigen palästinensischen Staat zu errichten, falls sie das wünschen sollten.

3. Ob nun die Palästinenser ihren eigenen Staat errichten oder ob sie das um der Einheit willen nicht tun, in jedem Falle muss das neue, in seiner Struktur veränderte nichtzionistische Israel eine Politik der Verschmelzung der Israelis und Palästinenser in einem föderalistischen nichtnationalistischen und sozialistischen Staat anstreben, in dem Juden und Araber sich der vollen bürgerlichen Rechte und der vollen kulturellen Freiheit erfreuen.

4. Dieser föderalistische Staat muss an dem Prozess zur politischen und wirtschaftlichen Vereinheitlichung des ganzen Mittleren Ostens teilnehmen.

Die Erfüllung dieser prinzipiellen Forderungen wird notwendigerweise von den aktuellen Umständen abhängen, aber wir erklären hiermit feierlich, dass wir unter keinen Umständen die Wiedereinführung von Massnahmen zu nationaler Diskriminierung oder rassischer Bevorrechtung zulassen werden.

Wir erklären frei heraus, dass wir nicht die Erwartung hegen, dass die geforderten Veränderungen durch die nationalistischen Parteien herbeigeführt werden können. Selbst die sozialistischen Parteien werden dies nicht zuwege bringen, weil sie noch Sklaven nationalistischer Einstellungen sind. Wenn Nassers Union mit Syrien zusammenbrach, wenn die Baath-Partei es nicht vermochte, Syrien und den Irak zu vereinigen, wie kann man von ihnen erwarten, dass sie eine weitaus kompliziertere Aufgabe, wie sie die Vereinigung von Juden und Arabern in Palästina darstellt, werden meistern können? Es ist kein Zufall, dass allein wir Sozialisten, die von dem Fieber des Nationalismus frei sind, zusammenarbeiten und den gemeinsamen Vorschlag für eine Lösung vorlegen können. Das ist darin begründet, dass unsere

Loyalität nicht dieser oder jener Nation gehört, sondern der Menschheit als einer politischen Einheit und ihrer einzig möglichen Existenzweise – dem Sozialismus.

Wir sagen allen Chauvinisten, Nationalisten und Rassisten und den israelischen und arabischen Führern:

Seit 19 Jahren haben Sie es nicht vermocht, einer Verständigung auch nur einen einzigen Zoll näherzukommen. Sie haben zwei Kriege geführt, und nun bereiten Sie einen dritten vor, der keine Lösung, sondern den Tod bringen wird.

Wir, israelitische und arabische Sozialisten, haben unseren gemeinsamen Vorschlag für eine Lösung des Problems vorgelegt. Wir fordern Sie auf, jetzt den Ihrigen vorzulegen.» *WK*

Wieder einmal etwas über Danilo Dolci

Danilo Dolci versucht schon seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges, mit Aufopferung und oft übermenschlichem Einsatz die soziale und moralische Lage der sizilianischen Bevölkerung zu heben. In den letzten Wochen und Monaten hat er viel von sich reden gemacht. Er hat sich unter anderm auch vorgenommen, das heute noch dichte Netz der Mafia, die sich politisch und im privaten Leben vieler Menschen verhängnisvoll auswirkt, zu zerreissen. Aus einem Aufsatz, der unter dem Titel «Mafia und Antimafia» im September 1966 in «Peace News» erschienen ist, entnehmen wir den nachstehend aufgeführten Abschnitt: «Mafiamethoden gegenseitiger Bereicherung und Einschüchterung sind nur möglich, solange Sizilien noch arm und rückständig ist. Danilo Dolci war bei seinem Bemühen, die Menschen zu Arbeitsgruppen zusammenzufassen, auf ein zunächst unerklärliches Misstrauen gestossen. Er hatte dann entdeckt, dass sich in die Gruppen regelmässig zweifelhafte Subjekte einschlichen. Das veranlasste ihn, die Mafia zu einem Studienobjekt zu machen, und die Antimafiakommission forderte ihn auf, sie mit Material zu versorgen. Im Vorjahre wurde Dolci von zwei Kammerabgeordneten, die er auf einer Pressekonferenz als Mafiakomplizen bezeichnet hatte, wegen Verleumdung verklagt. Nach einer gewissen Verhandlungsdauer entschied das Gericht, der Fall nehme zuviel Zeit in Anspruch, und Dolcis Zeugen könnten nicht mehr gehört werden. Darauf erklärte Dolci, er werde weiteren Verhandlungen nicht mehr beiwohnen, er verlange, dass das gesamte Zeugnis der Antimafiakommission nebst den übrigen Zeugen gehört werde. Dem hat das Gericht teilweise nachgegeben.»

Der Kampf gegen die Mafia bildet einen Punkt des Programmes, das Dolci und seine Mitarbeiter sich gegeben haben. Es ist klar, dass ein hartes Ringen beginnen würde. Der Prozess, der gegen Dolci geführt wurde, ist zu seinen Ungunsten ausgefallen – wie zu erwarten war –, und er ist zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt worden. Da gegenwärtig in Italien ein Amnestiegesetz für Strafen wegen Verleumdung wirksam ist, wird er nicht ins Ge-